

158
Schriften der
Hochschule für Politik

Herausgegeben von
Paul Meier-Benneckenstein

Dr. Bruno Kieselwetter

Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplans

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Hochschule für Politik

Herausgegeben von PAUL MEIER-BENNECKENSTEIN

Regierungsrat, Präsident der Hochschule für Politik

Die in der Hochschule für Politik, von führenden Politikern und Wissenschaftlern gehaltenen Sondervorträge, die alle Gebiete der nationalsozialistischen Weltanschauung und Politik, wie Staats- und Kulturphilosophie, Rassenkunde und Rassenpflege, Rechts- und Staatslehre, Innenpolitik, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Wehrpolitik, Außenpolitik und besondere Gebiete der Gesamtpolitik umfassen, werden in der vorliegenden Schriftenreihe fortlaufend veröffentlicht werden.

Die Schriften werden dem Wissenschaftler, dem politischen Führer im neuen Deutschland sowie jedem politisch Interessierten die wissenschaftlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung und das Verständnis für die Maßnahmen der Regierung Adolf Hitlers vermitteln.

Der weiteren Durchdringung des deutschen Volkes mit nationalsozialistischem Gedankengut und der Erziehung im Geist der Volksgemeinschaft sollen die Schriften der Hochschule für Politik dienen.

In die Reihe werden auch Vorträge aufgenommen, die auf dem im Sommer 1934 gegründeten Lehrstuhl der Akademie für Deutsches Recht an der Hochschule für Politik gehalten werden.

Neben den Sondervorträgen, die „Idee und Gestalt des Nationalsozialismus“ zur Darstellung bringen, wird in einer 2. Abteilung „Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches“ behandelt werden. Jedes Heft dieser Gruppe wird über die weltanschaulichen und politischen Aufgaben, die erzielten Erfolge und den inneren Aufbau einer der großen Organisationen der Partei und des Staates berichten.

Preis je 80 Rpf. Bei Abnahme von 50 Stück eines Heftes an 75 Rpf., von 100 Stück an 70 Rpf., von 500 Stück an 65 Rpf., von 1000 Stück an 60 Rpf., von 2000 Stück an 55 Rpf., von 5000 Stück an 50 Rpf. je Heft.

Bei Abnahme von 20 aufeinanderfolgenden Heften einer der beiden Unterabteilungen der Reihe 10% Ermäßigung.

Junker und Dünhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Hochschule für Politik
Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 33

Bruno Kieseewetter

Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplans

Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplans

Von

Dr. Bruno Kiesewetter

Studienleiter an der Hochschule für Politik

1938

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Copyright 1938 by Junker und Dünhaupt Verlag, Berlin. Printed in Germany.

Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünhaupt K.-G., Dessau.

Deutschland hat während der letzten vier Jahre einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt, der an das Wunderbare grenzt. Die Besonderheit und Einmaligkeit dieses Aufschwungs und die Erkenntnis der eigentlichen Gründe und Quellen, aus denen dieses Geschehen floß, ist jedoch auch den wirtschaftlichen „Sachmännern“ lange verborgen geblieben. Die verschiedenen weltanschaulichen Standpunkte ließen es zum richtigen Verständnis nicht kommen. Ein jeder mißt eben mit den Maßstäben, die er mitbekommen hat. Erst ganz allmählich löst man sich von der alten Vorstellungswelt und erfüllt Begriffe, die man bis dahin nur in einem ganz bestimmten Sinne gebrauchen gelernt hatte, mit einem neuen Inhalt — einem Inhalt, der durch die besondere Wesenheit des deutschen Volkes bestimmt ist und deshalb keine international gültige Ausdrucksform besitzen kann. Es kommt also darauf an, durch die Besinnung auf das Volkstum die bisher mehr oder minder formalen und deshalb eben internationalen Begriffsinhalte mit echtem völkischem Leben zu erfüllen und so durch ein Sich=hinein=Versetzen in die Wesenheit des anderen auch die letzten Hindernisse zu beseitigen, die es zu einer vollen Klarheit über das, was in Deutschland geschieht, nicht haben kommen lassen.

Das gilt ganz allgemein, besonders aber für das Gebiet der Wirtschaft. Der Nationalsozialismus hat hier Erfolge aufzuweisen, die heute von niemandem mehr, auch dem Böswilligsten nicht, geleugnet werden können. Als er am 30. Januar 1933 die Macht übernahm, hatte man in kürzester Zeit den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft prophezeit und auch vom Nationalsozialismus keine Heilung der Schäden mehr erwartet. Wenn es anders gekommen ist, dann war das wahrhaftig keine

Zauberei, kein Kredit- oder Geldmarktwunder, denn Wunder gibt es in der Wirtschaft nicht. Diese Wendung der Dinge ist lediglich auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Nationalsozialismus im Gegensatz zu den bis dahin herrschenden liberalistischen und marxistischen Wirtschaftsauffassungen sich von der Überbewertung des rein Materiell-Wirtschaftlichen abwandte und andere Ansatzpunkte für die sogenannte „Ankurbelung“ der Wirtschaft fand. Weltanschauliche Gründe haben also zu diesen Erfolgen geführt. Es war nicht allein die neue Bewertung der „Wirtschaft“ im Rahmen der Gesamtheit aller völkischen Lebensvorgänge, sondern auch die Umwertung der in der Wirtschaft selbst tätigen Faktoren. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die Betrachtung nach drei Richtungen hin durchzuführen:

1. nach der persönlich-menschlichen,
2. nach der stofflich-materiellen und
3. nach der funktionell-organisatorischen Seite.

Im Januar 1933 zählte die deutsche Volkswirtschaft rund 7 Millionen Arbeitslose. Zusammen mit den Familienangehörigen lebten damals 21,5 Millionen Menschen von öffentlichen Unterstützungen. Zur Erhaltung der Arbeitslosen mußten aus öffentlichen Mitteln fast 3 Milliarden RM. jährlich aufgewandt werden. Das Arbeitslosenproblem hatte für die deutsche Volkswirtschaft eine ganz andere Bedeutung als für die außerdeutschen Volkswirtschaften. Das lag in der schnellen industriellen Entwicklung Deutschlands und im besonderen Altersaufbau des deutschen Volkes begründet. Deutschland hatte in der kurzen Spanne von 50 Jahren eine grundlegende Umstellung vom Agrar- zum Industriestaat durchgemacht. 1875 lebten noch zwei Drittel der deutschen Bevölkerung auf dem Lande, d. h. in Gemeinden unter 2000 Einwohner, und ein Drittel in städtischen Gemeinden über 2000 Einwohner. Nach 50 Jahren hatte sich das Verhältnis genau umgekehrt. Der Schnittpunkt lag um die Jahrhundertwende. Das gewaltige Anwachsen der Produktionsmittelindustrie, dieses besonderen Merkmals einer industriellen Ent-

wicklung, hat in zunehmendem Maße die wachsende Bevölkerung, die von der Arbeit für den heimischen Verbrauch nicht leben konnte, aufgenommen. Während noch 1875 35% aller Beschäftigten in der Produktionsmittelindustrie und 65% in der Verbrauchsgüterindustrie tätig waren, war das Verhältnis 1925 51% zu 49%. Absolut ist die Zahl der Beschäftigten in der Produktionsmittelindustrie in diesen 50 Jahren um etwa das Dreieinhalbfache gestiegen, in der Verbrauchsgüterindustrie nur um das Zweieinviertelfache. Von dem Zuwachs an männlichen Arbeitskräften in den 50 Jahren von 1875 bis 1925 in Höhe von 5,5 Millionen sind allein 4,5 Millionen von der Produktionsmittelindustrie aufgenommen worden. Dieser Wandel in der Struktur der deutschen Volkswirtschaft hatte Deutschland über die Exportbedürfnisse aufs engste mit dem Weltmarkt und dem Geschehen in den fremden Volkswirtschaften verknüpft und die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft weitgehend von den Entschlüssen fremder Regierungen abhängig gemacht. Die von Deutschland geschaffene Exportindustrie hing, ernährungs-, absatz- und auch rohstoffwirtschaftlich gesehen, zum großen Teil in der Luft. Deshalb trafen Rückschläge der weltwirtschaftlichen Entwicklung unmittelbar und in voller Schärfe die deutsche Volkswirtschaft und führten zu Krisen und damit zu umfangreichen Arbeiterentlassungen.

Während es auf der einen Seite durch diese besonderen Bedingungen der deutschen Wirtschaft nicht möglich war, wenigstens bis zu einem gewissen Mindestumfang die Arbeitseristenzen zu sichern, drängten auf der anderen Seite, durch den Altersaufbau des deutschen Volkes bedingt, gerade die produktiven Altersklassen, die im deutschen Bevölkerungsaufbau überwiegen, auf den Arbeitsmarkt. Erschwerend für Deutschland kam hinzu, daß es durch die Abtretungen des Versailler Vertrages in seiner Rohstoffbasis geschwächt war und angesichts der ungeheuren Verschuldung, die es durch die verfehlte Reparationspolitik eingehen mußte, keinen Zugriff auf fremde Kapitalmärkte nehmen

konnte, sondern nur auf seinen eigenen volkswirtschaftlichen Kapitalfonds beschränkt war.

Unter Anwendung der bekannten kapitalistischen Grundsätze konnte eine Neuordnung der Verhältnisse bei dieser Lage der Dinge nicht vorgenommen werden. Es mußte eine Umwertung innerhalb der Wirtschaft stattfinden. Das ergab sich zwangsläufig aus der Tatsache, daß Deutschland einen Überfluß an Arbeitskräften besaß. Der Einsatz der Arbeitskräfte war unter diesen Umständen das Entscheidende und nicht die Bereitwilligkeit des Kapitals, sich für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Für den weitaus größten Teil des deutschen Volkes wie auch jedes anderen Volkes ist die Arbeitskraft die einzige Grundlage der Lebenserhaltung. Wenn man an das Volk als Ganzes dachte, konnte diese Tatsache nicht übersehen werden. Es kam in erster Linie deshalb darauf an, über den Einsatz der Arbeit die Wirtschaft zu aktivieren. Erst durch den zunehmenden Umfang der Beschäftigung wurde das bis dahin stillliegende Realkapital allmählich wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert und, volkswirtschaftlich gesehen, überhaupt erst Kapital. Durch die Erhöhung der Güterproduktion und die Belebung des Güterumlaufs wurden für das sich bis dahin zurückhaltende Geldkapital neue Verdienstmöglichkeiten geschaffen, so daß im wahrsten Sinne des Wortes die Arbeit erst das Kapital schaffte, das sich dann im Laufe der Zeit zur Verfügung stellte. Da in der deutschen Wirtschaft der Krisenjahre die Unternehmerinitiative fehlte, mußte der Staat diese Initiative ergreifen. Der Unternehmer zieht sein Kapital in Krisenzeiten aus seinem Betriebe heraus und legt es brach. Er produziert nicht oder nur teilweise, kauft infolgedessen keine Rohstoffe, arbeitet nicht auf Lager. Die freigesetzten Gelder schwimmen in der Wirtschaft herum und suchen Anlage — und zwar kurzfristige Anlage, da das Vertrauen für eine langfristige Investierung infolge der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse fehlt. Erst die konsequente und zielsichere nationalsozialistische Wirtschafts-

politik hat die Grundlage jeder Wirtschaftstätigkeit geschaffen — nämlich das Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse. Dem Einsatz aller Willensenergien von staatlicher Seite ist es dann auch gelungen, die Arbeitslosigkeit so gut wie vollständig zu beseitigen.

Der Nationalsozialismus sieht die Arbeit als das Grundprinzip der Wirtschaft überhaupt an. Die Arbeit ist für jeden Volksangehörigen die einzige Grundlage seiner Lebenserhaltung und damit der Erhaltung des gesamten Volkes. Sachgüter (Kapital, Rohstoffe) kann man losgelöst vom Menschen betrachten, aber nie die Arbeit. Arbeit ist nicht nur höchster Ausdruck, sondern auch unmittelbarste Lebensäußerung jeder Persönlichkeit. Wenn der Nationalsozialismus deshalb die Arbeit in den Vordergrund stellt, dann ist das die Folge eines anderen wirtschaftspolitischen Grundsatzes, den er vertritt: daß der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht und nicht das Kapital. Die Arbeit wurde vom Nationalsozialismus ihres bis dahin ausschließlichen Charakters als eines kapitalistischen Kostenelementes entkleidet. Sie ist nicht ein Kalkulationsposten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsrechnung, sondern hat einen eigenen, ganz besonderen Wert. Deshalb muß sie in materieller Hinsicht, was den Arbeitsertrag anbelangt, und in moralischer Hinsicht, was die Ehre der Arbeit anbelangt, geschützt werden; denn ohne Ehre keine Persönlichkeit. Es ist also zu verstehen, daß auch von dieser Seite her gesehen der Ehrbegriff eine so entscheidende Rolle in der nationalsozialistischen Weltanschauung spielt. Die Möglichkeit der Verwertung der Arbeitskraft wird vom Staat durch die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit garantiert, indem jedem, der arbeiten will, Arbeitsgelegenheit geboten wird. Damit wird die Arbeit von dem Diktat und den rationellen Erwägungen des Kapitals befreit und in ihrem Wert gesteigert. In ideeller Beziehung wird die Ehre der Arbeit geschützt durch die Soziale Ehrengerichtsbarkeit und die Beseitigung der Klassenunterschiede innerhalb des Betriebes, die wesentlich auf der Ba-

sis der höheren Einkommen, also kapitalistischen Momenten, beruhten. Die Betriebsgemeinschaft verbindet nunmehr Arbeiter und Unternehmer als „Arbeitsbeauftragte des deutschen Volkes“. Die neue Bewertung der Arbeit — auch im Bewußtsein des Arbeiters selbst — kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß es den arbeitenden Volksgenossen, d. h. gerade denjenigen mit niedrigerem Einkommen durch die Organisation „Kraft durch Freude“ ermöglicht wird, auch an den Kulturgütern des Volkes teilzuhaben. Kultur ist kein Vorrecht der Wohlhabenden oder gar der Reichen, sondern nach den Worten des Führers die höchste Gemeinschaftsleistung eines Volkes.

Der Wandel, der sich auf Grund dieser besonderen Wertung der Arbeit innerhalb der deutschen Volkswirtschaft vollzog, hat dazu geführt, daß die Zahl der in regulärer Tätigkeit stehenden Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik von 12,5 Millionen im April 1932 auf 18,8 Millionen Ende Mai 1937, also um 6,3 Millionen gestiegen ist. Gegenüber Ende Januar 1933 war die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft um 7,3 Millionen oder 64% größer, so daß die Differenz von 1 Million die zusätzliche Aufnahme des Bevölkerungszuwachses innerhalb dieser Zeit in den Produktionsprozeß bedeutet.

Durch die Verlagerung des Schwerpunktes auf den Arbeits-einsatz war es möglich, den unterbeschäftigten Produktions-apparat der deutschen Industrie in einem gewaltigen Ausmaß zu beschäftigen. Der Produktionsindex der industriellen Produktion Deutschlands, der im Monatsdurchschnitt 1932 auf 54 stand, ist bis zum April 1937 auf 118,5 gestiegen. Die Steigerung war am bedeutendsten auf der Produktionsgüterseite. Der Gesamt-index für Produktionsgüter stieg in der betreffenden Zeit von 45,7 auf 126,4. Da der Wirtschaftsaufschwung, wie jeder bisherige konjunkturelle Aufstieg, nur durch eine Belebung des Investitionsgütermarktes zu erreichen war, ist gerade der Index für Investitionsgüter, der den tiefsten Krisenpunkt mit 35,4 erreicht hatte, am höchsten, nämlich auf 129,4 (April 1937) ge-

stiegen. Welchen Wert für die gesamte industrielle Bruttoproduktion die Erhöhung gerade der Investitionen hatte, ersieht man daraus, daß die Investitionen in Höhe von 5,1 Milliarden Reichsmark 1933 13,5% der damaligen industriellen Bruttoproduktion ausmachten, 1936 jedoch mit insgesamt 13,8 Milliarden RM. bereits 21,2%, d. h. über ein Fünftel. Von allen neu eingestellten Industriearbeitern in den drei Jahren von Mitte 1933 bis Mitte 1936 wurden 80% von der Investitionsgüterindustrie aufgenommen. Die Investitionen sind hauptsächlich öffentliche gewesen; ihr Anteil betrug 1935 rund 70%.

Inzwischen hat die Beschäftigung der deutschen Wirtschaft auf entscheidenden Produktionsgebieten die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Der Produktionsstand in der Eisenindustrie liegt um 30% über dem Niveau des Hochkonjunkturjahres 1928; die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues, an den auf Grund des Vierjahresplanes erhöhte Anforderungen gestellt werden, reicht nicht mehr aus und muß eine Erweiterung erfahren. Die deutsche Maschinenindustrie hatte im April 1937 eine Kapazitätsausnutzung von 94%. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie ist ein besonders instruktives Beispiel für die Wirtschaftsbelebung durch die Maßnahmen des Nationalsozialismus. Der Produktionsindex für Kraftfahrzeuge insgesamt ist von 26 (1932) auf 146,4 (1936) und 155,4 (1. Vierteljahr 1937) gestiegen. Trotz dieser gewaltigen Fortschritte in der Kraftfahrzeugindustrie steht aber Deutschland im Bestand an Kraftfahrzeugen hinter den anderen Ländern immer noch weit zurück. Es entfiel z. B. in Deutschland ein Kraftwagen Anfang 1928 auf 134 Einwohner, Anfang 1936 dagegen auf 54 Personen. In Großbritannien sind die Vergleichszahlen 35 zu 23, in Frankreich 43 zu 20 und in USA. 5 zu 4,8.

Diese Belebung der deutschen Wirtschaft macht sich natürlich in einer Erhöhung der Einkommen und des Verbrauchs bemerkbar. Das deutsche Volkseinkommen stieg von 45,3 Milliarden RM. 1932 auf 61,5 Milliarden RM. 1936. Das Arbeits-

einkommen hat daran einen Anteil von 57% und ist von 26 Milliarden RM. 1933 auf 35 Milliarden RM. 1936, also um 9 Milliarden RM. gestiegen. Obgleich die tariflichen Stundenlohnsätze seit 1933 im ganzen unverändert geblieben sind und für männliche Sacharbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 78,3 Pf., für Hilfsarbeiter 62,2 Pf. betragen, hat sich das Arbeitseinkommen in der deutschen Volkswirtschaft nicht allein durch die zahlenmäßige Vermehrung der Beschäftigten erhöht, sondern ist auch in einer Höherwertung der Qualitätsarbeit begründet. Die geleisteten Arbeitsstunden sind von 7,88 Milliarden im Jahre 1932 auf 14,52 Milliarden im Jahre 1936 gestiegen. Daneben hat eine Umschichtung in den Einkommensstufen stattgefunden. In der Invalidenversicherung sind die Lohngruppen mit einem Bruttolohn bis 30 RM. wöchentlich von 73,4% (1933) auf 62,3% (1936) gefallen und die über 30 RM. von 26,6% auf 37,7% gestiegen. Im Durchschnitt hat sich die Realkaufkraft der Löhne von 1933 bis 1936 um 10% erhöht. Ebenso zeigen die Ertragnisse der Unternehmungen eine steigende Tendenz. Das Körperschaftsteuerauskommen im Rechnungsjahr 1932/33 betrug 106 Millionen RM., im Rechnungsjahr 1936/37 dagegen 1047 Millionen RM. Hierin wirkt sich zum Teil schon die 50%ige Erhöhung der Körperschaftsteuer aus. Nach Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung unter Zugrundelegung von 1500 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von rund 10 Milliarden RM. steht einem Verlustsaldo von 4,8% des Eigenkapitals 1932 ein Überschuß von 4,7% 1935 gegenüber, der nicht mehr viel unter dem Gewinn von 5,1% 1928 lag. Bei diesem Vergleich mit 1928 muß aber der verschiedene Preisstand berücksichtigt werden. 1935 lagen die Großhandelspreise um rund 26%, die Produktionsgüterpreise um rund 17% unter dem Stande von 1928. Außerdem hatte Deutschland damals einen Export, der um zwei Drittel größer war als der des Jahres 1935.

Die Erhöhung der Einkommen spiegelt sich in einer Erhöhung des Verbrauchs und einer Belebung der Einzelhandelsumsätze, dem besten Gradmesser des Verbrauchs der breiten Volksschichten, wider. Diese Umsätze haben sich in der Zeit von 1933 bis 1936 um rund 6 Milliarden RM. auf 27,8 Milliarden RM. oder um 27,5% erhöht. Allerdings kommt hierin auch die veränderte Preislage zum Ausdruck. Da aber für die Zeit vom ersten Vierteljahr 1933 bis zum ersten Vierteljahr 1937 nach dem Lebenshaltungsindex eine Preissteigerung für Ernährung nur um 10% und für Bekleidung nur um 17% gegenüber der Steigerung der Einzelhandelsumsätze von 27,5% vorliegt, hat sich also die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Lebensbedarfs rein mengenmäßig wesentlich gebessert. Als typisches Beispiel sei der Bierkonsum genannt, der in den Jahren 1933 bis 1936 von 331 Mill. Hektoliter auf 395 Millionen gestiegen ist. Gleichzeitig stieg der Verbrauch von Zigaretten von 32,8 Milliarden auf 38,2 Milliarden Stück und der Zigarrenverbrauch von 6,3 Milliarden auf 8,3 Milliarden Stück. Wenn nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung die Einzelhandelsumsätze 1936 mengenmäßig immer noch um etwa 10% unter dem Niveau von 1929 lagen, während doch dieser Hochstand in der Produktionsmittelindustrie längst überholt ist, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Verbrauch hinter den gewaltigen Erfordernissen für Investitionszwecke zurückbleiben mußte, wie das ja auch naturgemäß bei jedem Wirtschaftsaufschwung der Fall ist. Der Produktionsindex für Verbrauchsgüter stieg im Monatsdurchschnitt von 74,0 (1932) auf 95,6 (1936). Für das erste Vierteljahr 1937 berechnet erreicht er sogar mit 103,3 genau die gleiche Höhe wie im ersten Vierteljahr 1928. Wir haben von 1927 bis 1936 eine Bevölkerungszunahme (einschließlich Eingliederung des Saargebietes) von 63,25 Millionen auf 67,35 Millionen, also um 6,5% erlebt. Hinzu kommt die Tatsache, daß allmählich die deutsche Bevölkerung bei anhal-

tender Vollbeschäftigung in einen höheren Lebensstandard hineinwächst, so daß die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Verbrauchsgütererzeugung günstig sind. Wenn der Verbrauch bisher hinter der Produktionsmittelerzeugung zurückgeblieben ist, so lag das auch daran, daß die Verbrauchsgüter-sphäre viel stärker von der Zufuhr fremdländischer Rohstoffe abhängig ist. Gerade hier liegt ja die große Bedeutung des zweiten Vierjahresplans für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Damit komme ich zur Betrachtung der stofflich-materiellen Seite der deutschen Wirtschaft. Ich nenne als Beispiel nur die Textilindustrie. Diese war früher mit 95% ihrer Rohstoffbezüge vom Ausland abhängig. 1936 hat Deutschland aber bereits von einem Gesamtbedarf der deutschen Textilindustrie an Faserstoffen in Höhe von rund 840 000 t nur 557 000 t oder zwei Drittel durch Einfuhr gedeckt. Der Rest wurde teils aus Vorräten, zum größten Teil aber (etwa 200 000 t) aus inländischer Erzeugung bestritten. Trotz der beträchtlichen Beschränkung der Einfuhr konnte sich der Umsatzwert in Textilien und Bekleidung in den Jahren 1933 bis 1936 um rund 2,3 Milliarden RM. erhöhen und mit insgesamt über 9 Milliarden RM. fast 15% der deutschen gewerblichen Bruttoproduktion (rund 66 Milliarden Reichsmark) ausmachen. Die Produktion der Textilindustrie ist jedoch im Monatsdurchschnitt nur von 79,2 (1932) auf 98,5 (1936) und die Kapazitätsausnutzung von 50,4% auf 62,6% gestiegen. Deutschland hat gerade auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Rohstoffe Gewaltiges in diesen drei Jahren geleistet: Die Flachsanbaufläche wurde verzehnfacht, so daß Deutschland wieder 80% seines Flachsverbrauchs gegenüber 15% 1933 selbst erzeugt. Zur Verbesserung der Wollerzeugung ist der Schafbestand von 3,4 Millionen 1933 auf rund 5 Millionen 1937 gesteigert worden und wird weiter gefördert. Der Anteil der Inlandserzeugung bei den landwirtschaftlichen Rohstoffen ist von 1927 bis 1935 von 29% auf 43% ge-

stiegen. Auf die Bedeutung der Kunstseide braucht in diesem Rahmen nicht näher hingewiesen zu werden. Die Zellwollerzeugung Deutschlands stieg in 3 Jahren von 7000 t auf 45 000 t (1936). Gegenwärtig sind die Erzeugungsstätten auf eine Jahresproduktion von wenigstens 75 000 t erweitert. Zu Beginn des Jahres 1938 steht eine monatliche Erzeugung von 11 bis 12 000 t zur Verfügung, was mehr als ein Viertel der eingeführten Woll- und Baumwollmengen für 1936 (etwa 450 000 t) entspricht.

Die Rohstoffarmut und das Unverständnis, dem Deutschland in dieser Hinsicht immer wieder bei den imperialen Großmächten begegnet, zwingen Deutschland zu einer größeren Ausnutzung seiner eigenen Rohstofflager und zum Aufbau einer Industrie für synthetische Rohstoffe. Im bedeutendsten Erzgebiet Deutschlands, dem Siegerland, wurde die Erzförderung von 1932 bis 1936 um rund 30 % erhöht und betrug 1936 fast 1,6 Millionen t. Das ist natürlich verschwindend gegenüber einer Einfuhr an Eisenerzen von 18,5 Millionen t im gleichen Jahre. Der Ausbau der heimischen Treibstoffherzeugung ist so weit gediehen, daß selbst unter Einrechnung gewisser Reserven für eine Bedarfssteigerung in den nächsten Jahren Deutschland seinen Treibstoffbedarf, in dem es bis zu 80 % einfuhrabhängig war, in 3 Jahren vollständig aus eigener Erzeugung wird decken können. Die erst seit einigen Monaten in Gang befindliche Fabrikation synthetischen Kautschuks (Buna) hat so befriedigende Ergebnisse gezeitigt, daß die Produktionsanlagen des ersten großen Bunawerkes bereits zu einer Leistungsfähigkeit erweitert wurden, die über ein Drittel des deutschen Bedarfs decken wird.¹⁾

Neben der Rohstoffversorgung ist die Sicherung der Ernährung des Volkes ein Hauptgegenstand einer wirklichen Volkswirtschaftspolitik. Deutschland steht in seinem Ernährungsraum

¹⁾ Nähere Einzelheiten siehe: Kiese Wetter, Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Heft 26). Verlag Junker und Dümhaupt, Berlin 1937.

hinter anderen Ländern weit zurück. Auf 100 Einwohner entfallen von der landwirtschaftlich genutzten Fläche — wenn man von Großbritannien, Belgien und den Niederlanden absieht — in Deutschland 43 ha, in Italien 51 ha, in Polen 77 ha, in Frankreich und Dänemark fast das Doppelte des deutschen Betrages, nämlich 83 ha und in den Vereinigten Staaten 301 ha. Hinzu kommt, daß Deutschland nicht wie die anderen Länder einen Ergänzungsraum in den Kolonialgebieten besitzt. Dem knappen deutschen Lebensraum steht eine Bevölkerung gegenüber, die in den letzten 9 Jahren um rund 4 Millionen gestiegen ist und einen weiteren jährlichen Zuwachs von etwa 450 000 haben wird. Dabei ist der Lebensstandard infolge der veränderten Altersgliederung des deutschen Volkes ein besonders hoher. Der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm ist gestiegen gegenüber einem Durchschnitt der Jahre 1909/13 bei

	1909/13	1933	1936
Butter von	6,4	auf 7,3	8,0
Fisch	„ 9,2	„ 10,0	13,2
Zucker	„ 18,2	„ 22,0	23,6
Fleisch	„ 45,0	„ 51,0	51,7

Wenn man bedenkt, daß der deutsche Boden, was Qualität und Klima anbelangt, von der Natur nicht besonders begünstigt ist und daß infolge der fortschreitenden Bevölkerungszunahme und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben in den letzten Jahren der Landwirtschaft rund 370 000 ha Boden für Verkehrsanlagen, Häuserbauten usw. verloren gegangen sind, so ist das Ergebnis der Arbeit des Reichsnährstandes, die den Anteil der Eigen-erzeugung in der Ernährungswirtschaft von 75% im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1932 auf 83% 1936 erhöht hat, um so höher zu bewerten. Es gilt vor allem, die auf einzelnen Gebieten zum Teil noch erheblichen Versorgungslücken, z. B. bei Milch und Molkereierzeugnissen von etwa 25% und bei Nah-

rungsfetten von rund 45%, zu schließen. Hier kann nur eine verstärkte Intensivierung der Landwirtschaft helfen, die man durch eine Preissenkung von Düngemitteln, durch Anbau ertragreicherer Früchte, durch Bereitstellung von Krediten und nicht zuletzt durch Erweiterung und Verbesserung der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu erreichen versucht. Für Meliorationszwecke hat die Reichsregierung für die Jahre bis 1940 Mittel in Höhe von rund einer Milliarde RM. vorgesehen, mit denen etwa 2 Millionen ha Bodenfläche verbessert werden sollen. Dazu kommt die Schaffung neuen Bauerntums. Für diesen Zweck wurde in den Jahren 1933 bis 1935 eine Fläche von 222 000 ha zur Verfügung gestellt. Dabei wurde besonders darauf gesehen, daß die Höfe die Größe einer Aternahrung für eine Familie erhielten. Der Anteil der Betriebsgrößenklassen über 10 ha hat sich deshalb auch von 27% (1919/21) auf 50% (1932) und etwas über 70% (1935) erhöht. Der Gedanke der nationalsozialistischen Siedlung wurde jedoch nicht durchgeführt auf der Grundlage einer rein mechanischen Aufteilung des Grund und Bodens und der Änderung von Besitzverhältnissen, wie das früher bei den bekannten „Agrarreformen“ der Fall war, sondern er gründet sich auf den Gedanken der Verbindung von Boden und Mensch auf der Grundlage eines neuen Bodenrechts. Auch hier kann man wieder die starke Betonung der Persönlichkeit und des Menschen in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik beobachten. Weder der Bauernhof noch der Bauer kann getrennt als Einzelbetrieb oder als Einzelperson betrachtet werden. Beide zusammen stellen die Einheit dar, die hineingestellt ist in die umfassende Gemeinschaft des Reichsnährstandes, die von Bauern selbst geführt wird. Diese Einheit von Hof und Bauer, von Stoff und Mensch wird zur Trägerin von Aufgaben und Pflichten für die Gesamtheit gemacht. Nur in dieser Einheit können die Aufgaben zum Nutzen der Volksgesamtheit erfüllt werden. Zur Sicherung des Ertrages der schweren Arbeit des Bauern hat der Reichsnährstand die Marktordnung geschaffen. Durch

sie sollte eine möglichst große Freiheit von den spekulativen Preisbildungstendenzen des internationalen Marktes erreicht werden, denn die Nahrung eines Volkes kann nicht Spekulationsobjekt sein. Der Reichsnährstand hat deshalb feste Preise für die einzelnen Erzeugungsgebiete und für die einzelnen Erzeugnisse eingeführt. Wenn man bedenkt, daß in den letzten $1\frac{1}{2}$ Jahren (Dezember 1935 bis Anfang Juni 1937) der Weltmarktpreis für Weizen und Hafer um 35%, für Roggen um 60%, für Gerste um 75%, für Mais um 88% gestiegen ist, kann man daraus nicht nur die Unsicherheit der Preisbildung, sondern auch die zusätzliche Belastung der deutschen Devisenbilanz ersehen. Um die Bedeutung der Marktordnung für die deutschen Ernährungsverhältnisse in ihrer vollen Bedeutung zu erkennen, genügt folgender Hinweis: Mengenmäßig ist die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft, abgesehen von Mißernten, seit 1925 gestiegen. Wertmäßig dagegen ist von 1924/25 bis 1928/29 und erst wieder nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus von 1932/33 bis jetzt auch eine den Erzeugungsmengen parallel laufende Wertsteigerung zu beobachten. Zwischen 1928/29 und 1932/33 liegt jedoch der Preiseinbruch auf dem Markt der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Während die Erzeugungsmengen inderemäßig in diesen Jahren 102, 105, 105, 108, 104 betrugen, fiel der Gegenwert dieser Erzeugung in Geld von 14 Milliarden RM. auf 13,5 Milliarden, 11,6 Milliarden, 10,1 Milliarden, 8,7 Milliarden. In dem Auseinanderfallen von Menge und Marktwert liegt aber gerade das Kaufkraftproblem der Landwirtschaft beschlossen. In diesen Jahren hatte eine ungeheure Spekulation den Markt vollkommen ruiniert und den Bauern an den Bettelstab gebracht. In Deutschland wurde in den Jahren 1924 bis 1932 eine Fläche von rund 700 000 ha, die dem Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche ganz Thüringens entspricht, zwangsversteigert. Dazu war allein für die Jahre 1930 bis 1932 für weitere 1,019 Millionen ha Bauernland die Zwangsversteigerung bereits einge-

leitet. In den 8 Jahren von 1924/25 bis 1931/32 hat sich die deutsche Landwirtschaft mit 5,9 Milliarden RM verschuldet, in den 4 Jahren 1932/33 bis 1935/36 hat sie 0,9 Milliarden RM. Schulden zurückgezahlt. Durch die Marktordnung sorgt der Reichsnährstand dafür, daß eine gleichgerichtete Bewegung zwischen den Gütermengen und dem Güterwert garantiert bleibt. Das Einkommen der selbständigen Landwirte hat sich in der Zeit von Juni 1933 bis Juni 1936 von 0,3 Milliarden RM. auf 2,3 Milliarden RM., also um 2 Milliarden RM. erhöht.

Damit komme ich zum dritten großen Problem. In einer so raumbeengten und schuldenbeladenen Wirtschaft wie der deutschen, bei einer solchen Knappheit an wesentlichen Rohstoffen und einem Überschuß menschlicher Arbeitskräfte muß naturgemäß das organisatorische und funktionelle Problem eine entscheidende Rolle spielen. Es muß eine sachgemäße und zweckmäßige Zuordnung der einzelnen in der Wirtschaft tätigen Kräfte geschaffen werden. Ein Rückgriff auf außerdeutsche Hilfsquellen etwa in Form von Anleihen war nicht möglich und wird von der nationalsozialistischen Regierung strikt abgelehnt. Deutschland mußte also mit dem vorhandenen Kapital- und Kreditvolumen auskommen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. An sich war ein gut ausgebauter Produktionsapparat vorhanden, der nur zu einem Drittel seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt war. Auch Kreditmöglichkeiten gab es, nur wurden sie vom Unternehmer aus Mangel an Initiative und Vertrauen nicht ausgenutzt. Wenn die Regierung diese Kreditreserven mobilisieren wollte, mußte sie den Mut zur eigenen Verschuldung aufbringen. Die zweckmäßigste und ergiebigste Einschaltung des gesamten Kreditapparates für die Zwecke der Wirtschaftsbelebung konnte allerdings nur geschehen durch eine feste Zusammenfassung aller Kreditwege und ihre straffe Kontrolle in der Hand der Reichsbank. Mit den verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogrammen wirkte die Regierung durch indirekte oder direkte Maßnahmen entscheidend auf die Wirtschaft ein; die hierzu nötigen Mittel

beschaffte sie sich auf dem Wege des Vorgriffs auf den Geldmarkt, d. h. auf den Markt, auf dem die durch die Krise freigesetzten Gelder der Wirtschaft kurzfristig Anlage suchten. Das Kreditinstrument, das für diese Finanzierungsform allein in Frage kam, war der Wechsel. Den während der letzten vier Jahre 1933 bis 1936 durchgeführten Investitionen in Höhe von 38,2 Milliarden RM. steht eine kurzfristige Verschuldung des Reiches einschließlich Reichsbahn und Reichspost in Höhe von 5 bis 6 Milliarden RM. gegenüber. Die Entwicklung der Reichsschulden seit 1932/33 nach den amtlichen Ausweisen sieht folgendermaßen aus:

	Sundierte Schuld Mlrd.	davon Neuerschuldung		Schwebende Schuld Mlrd.	zus. Mlrd.
		Ausland Mlrd.	Inland Mlrd.		
1932/33	9,756	2,587	2,751	1,641	11,397
1936/37	12,897	1,448	7,818	2,608	15,505

Die erhöhte Kreditgewährung der Reichsbank durch ihre Rediskontzusagen für die verschiedenen Sonderwechsel, die dadurch aus diesen Wechseln für die Banken erstklassige liquide Anlagepapiere machten; die Erhöhung des allmählich mit der steigenden Beschäftigung zunehmenden Noten- und Stückgeldumschlags und die Einschaltung der Tochterinstitute der Reichsbank in dieselbe Linie der Kreditpolitik gab den übrigen Kreditbanken eine wichtige Liquidationsgarantie und wirkte sozusagen als Initialzündung für eine allgemeine Verflüssigung des Geldmarktes und eine Auflockerung und Aktivierung des gesamten Bankenapparates. Ist einmal von der Zentralnotenbank der Anstoß gegeben, so wirkt die Verflüssigung selbsttätig weiter. Die eingefrorenen Debitoren tauen auf, ihre Rückzahlung erhöht die Liquidität der Banken, die neue Kreditwünsche der Privatwirtschaft befriedigen können, während die mit öffentlichen Auf-

tragen versehenen Unternehmungen sich durch die Diskontierung der öffentlichen Wechsel finanzieren und keine Bankkredite brauchen, so daß die Banken sich der verstärkten Pflege des Kapitalmarktes widmen können. Die Statistik des gesamten Wechselumlaufs, also einschl. der vom Reich begebenen Arbeitsbeschaffungswechsel, von April 1933 bis April 1937 zeigt einen Zuwachs um rund 7 Milliarden RM. An dieser Zunahme ist die Reichsbank einschließlich der Golddiskontbank, die die bekannten Solawechsel ausgibt, mit rund 2,4 Milliarden RM., die Sparkassen und Girozentralen mit rund 1,9 Milliarden RM. und die privaten Kreditbanken mit 1,7 Milliarden RM. beteiligt. Die Ausweitung des Wechselumlaufs führte jedoch zu keiner Gefährdung der Währung und damit zu Preisauftriebstendenzen — die Erhöhung des deutschen Preisstandes gegenüber 1932 ist auf andere Gründe zurückzuführen. An eine Inflation ist in Deutschland nicht zu denken. Der gesamte Geldumlauf an Noten und Münzen lag Ende Mai 1937 mit 6,83 Milliarden RM. um 1,351 Milliarden RM. über dem Stand von Ende Mai 1933. Wenn das eine Zunahme von 25% bedeutet, so muß darauf hingewiesen werden, daß dem gegenüber die Erhöhung der Einzelhandelsumsätze rund 35% beträgt, der Zahlungsmittelumlauf also hinter dem Güterumlauf zurücksteht. Durch die Kredit- und Kapitalmarktpolitik der Reichsbank ist es gelungen, die Kreditbanken mehr auf sich selbst zu stellen: die Wechselverbindlichkeiten gegenüber der Reichsbank sind in der Zeit von April 1933 bis April 1937 um über eine Milliarde RM. zurückgegangen, während sich das Wechselportefeuille, das sie mit eigenen Mitteln finanzierten, in dieser Zeit um rund 4 Milliarden RM. erhöhte. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Zustand weitgehender Selbstfinanzierung, die jetzt den besonderen Rohstoffinvestitionen des zweiten Vierjahresplans zugute kommen wird.

Diese Verflüssigung in der gesamten deutschen Wirtschaft kommt auch in einer bemerkenswerten Kräftigung des Kapital-

marktes zum Ausdruck. Die Zinssätze wurden seit der Machtübernahme von 6% auf 4,5 bis 5% für langfristige Kredite gesenkt. Früher zahlte man 15% und mehr Zinsen. Die Zinssenkung erfolgte aber nicht nur für die amtlich notierten öffentlichen Anleihen, Obligationen und Pfandbriefe in einem Gesamtbetrage von rund 10 Milliarden RM., sondern auch für die Privathypotheken. Das Gesetz vom 2. Juli 1936 hat Richtzinssätze aufgestellt von 5% für erste und 5,5 bis 6% für zweite Hypotheken. Bei Weigerung des Gläubigers entscheidet das Gericht. Seit Inkrafttreten des Gesetzes (2. 7. 36) bis zum 1. April 1937, d. h. in einem dreiviertel Jahr sind nur 10 000 derartige Anträge gestellt worden, die etwa 170 Millionen RM. umfassen. Wenn man bedenkt, daß die diesem Gesetz unterliegenden privaten Hypotheken einen Betrag von mindestens 6 Milliarden RM. erreichen, ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Senkung des Zinsfußes in weitgehendstem Maße freiwillig erfolgt ist. Gleichzeitig hat das Reich im Zusammenhang mit dieser Zinssenkungsaktion in den letzten 2¹/₂ Jahren Sündierungsanleihen in Höhe von 5,8 Milliarden RM. ausgegeben bei einer fortlaufenden Verbesserung der Ausgabebedingungen. Außerdem wurde im ersten Halbjahr 1937 eine größere Anzahl von Industrieobligationen und Aktien am Kapitalmarkt für die Finanzierung von Treibstoff- und Elektrizitätswerken (200 Millionen RM.) untergebracht. Die Spareinlagen sind von 1932 bis zum ersten Halbjahr 1937 von 11,5 Milliarden RM. auf 15 Milliarden RM. gestiegen. Die Kapitalanlagen der Lebensversicherungen haben sich von 1933 bis 1936 um 1,5 Milliarden RM. vermehrt. Unter Berücksichtigung der Bildung von Unternehmungsreserven und der Kapitalbildung beim privaten Publikum errechnete das Statistische Reichsamt als Summe all dieser verfügbar gewordenen Geldkapitalien in der deutschen Wirtschaft allein für das Jahr 1936 den Betrag von etwa 5 Milliarden RM. Dazu kommt die Kapitalbildung bei den öffentlichen Haushalten. Die gesamten Steuer- und Zolleinnah-

men von Reich, Ländern und Gemeinden stiegen von 10,2 Milliarden RM. im Rechnungsjahr 1932/33 auf 15 bis 15,5 Milliarden RM. 1936/37, während gleichzeitig die Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe von rund 2,8 Milliarden auf 865 Millionen RM. (1936) sanken. Nimmt man den Krisenstand von 1932/33 einmal sozusagen als Null-Linie an und vergleicht damit die in den folgenden Jahren erzielten Steuerleistungen der deutschen Volkswirtschaft, so ergeben sich für die Jahre bis 1936/37 zusätzliche Mehrerträge für die öffentlichen Haushalte in Höhe von insgesamt 15,6 Milliarden RM. Dazu tritt die Ausgabe von 5,3 Milliarden RM. Reichsanleihen. Die so oft vermuteten „Wunder“ liegen also in einer geschickten Kapitalmarktpflege und der straffen Kontrolle der Kreditmärkte im Hinblick auf die vordringlichen staatspolitischen Aufgaben. In dieser Kredit- und Finanzierungsdisziplin liegt das Geheimnis der deutschen Finanz- und Bankpolitik.

Trotz dieser gewaltigen Aufgaben, die der Staat der deutschen Wirtschaft stellte, hat diese sogar noch ihre Auslandsschulden vermindert. Die gesamte deutsche Auslandsverschuldung ging von Ende 1930 bis Anfang 1936 von 33,3 Milliarden RM. auf 17,0 Milliarden RM. zurück. Allein die der Stillhaltung unterliegenden ausländischen Kurzkredite sind von 4 Milliarden RM. Anfang 1933 auf etwa 1 Milliarde RM. Anfang 1937 vermindert worden. Diese Wertverminderung ist nur zum Teil eine Folge der Währungsabwertungen. Deutschland hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es seine Schulden bezahlen will. Dazu braucht es aber eine Erhöhung des Exportes und eine Aktivierung der Handelsbilanz. Die Handelsbilanz ist im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege für Deutschland von entscheidender Bedeutung. Vor dem Kriege hatte Deutschland 20 bis 25 Milliarden RM. Kapitalanlagen im Ausland, die ihm geraubt wurden. Aus diesen Anlagen flossen jährlich 800 bis 1000 Millionen RM. in Form von Zinsen nach Deutschland zurück, mit denen es seinen Einfuhrüberschuß bezahlen konnte.

Heute hat Deutschland einen seine Leistungsfähigkeit übersteigenden Schuldendienst von jährlich 650 Millionen RM. zu erfüllen, von denen jedoch auf Grund besonderer Zahlungsabkommen und Sonderregelungen nur etwas mehr als 200 Millionen RM. transferiert werden können. Der Rest bleibt in Deutschland und vermehrt die Devisenverpflichtungen der deutschen Schuldenbilanz. Über den augenblicklichen Umfang hinaus könnte Deutschland sogar noch eine Erweiterung der deutschen Wirtschaftsbeschäftigung vornehmen und wird daran, wie man festgestellt hat, nicht einmal so sehr durch den Mangel an Sacharbeitern oder etwa gar durch Finanzierungsschwierigkeiten als ganz besonders durch den Mangel an den notwendigen Rohstoffen gehindert. Zu deren Beschaffung aber braucht es wieder Export. Das Ausland könnte durch die Befriedigung des deutschen Importbedarfs an der Wirtschaftsbelebung in Deutschland weitgehend teilnehmen, wenn der Welthandel von den unsinnigen Fesseln befreit werden könnte, in die er geschlagen ist. Während das Mengenvolumen der Weltproduktion sich von seinem Tiefpunkt 1932 mit 80 bis 1936 auf 103 entwickeln konnte (+ 29%), stieg das des Welthandels in der gleichen Zeit nur von 74,5 auf 86,1 (+ 16%). Deutschland hat versucht, auf dem Wege über Handelsvertragsverhandlungen zu einem vernünftigen Warenaustausch mit den anderen Ländern zu kommen — zuerst ohne Erfolg. Es hat seinen Außenhandel auf der Grundlage des „Neuen Plans“ im Herbst 1934 auf die Erfordernisse des internationalen Zahlungsausgleiches umstellen müssen. Trotz der Schwierigkeiten ist es Deutschland gelungen, seine Außenhandelsbilanz zu verbessern von einem Passivsaldo von 284 Millionen RM. (1934) auf einen Aktivsaldo von 550 Millionen RM. (1936). Daraus folgt aber für Deutschland leider noch kein effektiver Mehranfall von Devisen, da zum Teil noch Passivsaldo aus früheren Verrechnungsverträgen auszugleichen sind. Um nun diese die Lebensgrundlage der deutschen Wirtschaft gefährdende Situation grundlegend zu ändern und

auch auf wirtschaftlichem Gebiet die elementarste Sicherheit der Existenz und der Souveränität zu gewährleisten, hat Deutschland den zweiten Vierjahresplan in Angriff genommen — nicht um sich zu „autarkisieren“ und sich von der Welt abzuschließen, sondern um gerade die Austauschgüter schaffen zu können, die es zum Leben braucht. Eine Erhöhung des Außenhandels wird deshalb die Folge sein. Die oben geschilderte Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat durch den Aufbau einer gewaltigen Produktionsmittelindustrie weist allein schon darauf hin, daß Deutschland sich nicht vom Welthandel abkehren kann und will.

Der Druck auf die deutsche Devisenbilanz geht aber nicht nur von der materiellen Seite aus, d. h. von dem Mangel an Rohstoffen, sondern auch von der Preisseite. Auf diesem Gebiet hat sich Deutschland ganz bewußt von den spekulativen „Weltmarkt-tendenzen“ abgehängt und durch seine Preispolitik verhindert, daß unkontrollierbare und mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten oft nicht zu rechtfertigende Spekulationen sich auf das deutsche Preisgefüge auswirken. Ich habe beim Reichsnährstand bereits darauf hingewiesen. Während die Welt einen geradezu phantastischen Preisauftrieb auf allen Gebieten erlebt, der z. B. den Gesamtindex der Weltrohstoffe im April 1937 gegenüber April 1935 um 42% hinauftrieb, hielt Deutschland eine bemerkenswerte Stabilität seines inneren Preis- und Kostenstandes aufrecht, obgleich die deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vielfach voll ausgenutzt ist und damit an sich schon nach den bisher herrschenden Wirtschaftsansichten Preiserhöhungen gegeben wären. Im letzten Jahr stiegen von April 1936 bis April 1937 z. B. der Index der auslandsbestimmten Preise um 12,1%, der der inlandsbestimmten nur um 0,5%. Das gesamte deutsche Preisniveau stieg, gemessen am Großhandelsindex, in den dreiviertel Jahren vom Juni 1936 bis April 1937 nur um 1,7%. Das Preisniveau in den Ländern, die das bekannte Währungsabkommen zur Stabilisierung der Preisverhältnisse abgeschlossen hatten,

ist in der gleichen Zeit aber bedeutend mehr gestiegen, nämlich in England um rund 22% und in Frankreich sogar um 46%. Der amtliche Kursindex der deutschen Aktienwerte hat sich vom Mai 1936 mit 99,3 auf 111,8 im Mai 1937 erhöht, d. h. um 12,5%, während in den Abwertungsländern Kurssteigerungen von 50 bis 60% seit Herbst 1936 zu beobachten waren. Wenn Deutschland die Mengenkonjunktur durchführen will, muß unter Beibehaltung der gleichen Tariflohnhöhe auch ein den wirtschaftlichen Notwendigkeiten angepaßtes niedriges Preisniveau garantiert sein. Die Zweckmäßigkeit der bisherigen Preispolitik hat zur Ernennung des Reichskommissars für die Preisbildung im Oktober 1936 geführt, die einen ganz entscheidenden Schritt der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik darstellt. In einer Volkswirtschaft, in der sich die Erzeugung von Produktionsgütern 1936 gegen 1933 um 110%, die von Verbrauchsgütern aber nur um 19% gesteigert hat, müssen naturgemäß, auf die Dauer gesehen, Preisspannungen entstehen. Viele der hergestellten Produktionsgüter wie Landstraßen, Reichsautobahnen, Verkehrsanlagen, Hafen- und Kanalbauten, Schiffe, Kanonen und Flugzeuge haben keinen regulären Markt und lassen sich sozusagen nicht über den Ladentisch verkaufen. Die Einkommen aber, die innerhalb der Produktionsgütererzeugung in Form von Löhnen und Gehältern der dort Beschäftigten entstehen, bleiben nicht in dieser Produktionsgütersphäre, sondern treten als Kaufkraft auf dem Verbrauchsgütermarkt auf. Der Verbrauchsgütermarkt (Nahrung, Textilien, Bekleidung, Haushaltsartikel usw.) hängt jedoch viel stärker von dem Bezug ausländischer Rohstoffe ab als die Produktionsgüter. Außerdem mußte der Verbrauch ganz allgemein gegenüber den größeren Aufgaben auf der Produktionsgüterseite vernachlässigt werden — er mußte erst einmal die Last der Finanzierung dieser Aufgaben tragen, denn irgendwoher mußte das Geld bei dem beschränkten, nun einmal gegebenen volkswirtschaftlichen Kapitalsfonds kommen. Dieser Zustand kann aber nicht von Dauer sein. Wir sind jetzt bei

dem Punkt angelangt, daß die gestiegenen Einkommen in einen größeren Verbrauch hineinwachsen wollen. Bei der an sich vorhandenen Warenknappheit liegen hier demnach Preisauftriebstendenzen vor von einem Ausmaß, das das ganze volkswirtschaftliche Preisniveau gefährden kann. Hier durch Verbreiterung der heimischen Rohstoffbasis Abhilfe zu schaffen, ist, wie bereits erwähnt, eine der großen Aufgaben des zweiten Vierjahresplans. Die Preissteigerung der ausländischen Rohstoffe, die vorerst teurere Erzeugung der inländischen synthetischen Rohstoffe, die Umstellung auf die Verarbeitung dieser neuen Werkstoffe — das alles erfordert einen höheren Kapitalaufwand, der sich preissteigernd auswirken muß. Um den im allgemeinen volkswirtschaftlichen wie auch gerade im sozialpolitischen Interesse, d. h. im Interesse der kleineren Einkommen, unbedingt notwendigen Ausgleich zu schaffen, die wirtschaftlich schwachen Existenzen nicht dem brutalen Kräftespiel zwischen Angebot und Nachfrage erbarmungslos auszuliefern, ist die straffe Preiskontrolle im zweiten Vierjahresplan geschaffen worden.

Der Preisbildungskommissar sieht seine Aufgabe in der Sichtung des „volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preises“, unter dem er einen Verkaufspreis versteht, der in keinem Fall höher sein darf „als erforderlich ist, um den betriebsnotwendigen Aufwand für Erzeugung und Vertrieb einschließlich einer angemessenen Abschreibung zu decken, sowie einen angemessenen Gewinn zu erzielen“.

Das ist die Verwirklichung des deutschen Sozialismus. Es kommt darauf an, ein Preisniveau zu halten, das als „gerechtfertigt“ angesehen werden kann unter Berücksichtigung der in einer Volkswirtschaft nun einmal vorhandenen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Dieses Preisniveau muß an der niedrigsten Grenze der Gestehungskosten kalkuliert sein. Nur ein solcher Preis wird in der Lage sein, nicht nur alle sonstigen Forderungen, die eine Volkswirtschaft stellt, wie z. B. Steuern, soziale Abgaben, Erneuerung des Produktionsapparates usw. zu

erfüllen, sondern auch auf der anderen Seite — immer in dem erreichbaren Ausmaße — alle in Betracht kommenden Einkommensbezieher in den Genuß der erzeugten Güter zu setzen und damit die größtmögliche Beteiligung der größtmöglichen Zahl von Volksgenossen am Sozialprodukt zu gewährleisten. Das kann allein das Ziel einer sozialistischen Wirtschaft und einer wahren Volkswirtschaftspolitik sein.

Schriften der Hochschule für Politik

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

1. **Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse**
Von Reichsminister
Dr. Joseph Goebbels
2. **Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte**
Von Professor Dr. Willy Hoppe
3. **Vergriffen**
4. **Amerika und der Nationalsozialismus**
Von Professor Dr. Friedrich Schönmann
5. **Krisis und Neubau Europas**
Von Reichsleiter Alfred Rosenberg
6. **Rassenpolitische Erziehung**
Von Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes d. NSDAP.
7. **Dienst an der Rasse als Aufgabe der Staatspolitik**
Von Ministerialdirektor
Dr. Arthur Stüttgen
8. **Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus**
Von Reichsminister
Dr. Joseph Goebbels
9. **Nationalsozialismus und Völkerrecht**
Von Staatsrat
Professor Dr. Carl Schmitt
10. **Völkerrecht und Politik**
Von Professor Dr. Victor Bruns
11. **Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip**
Von Bernhard Köhler, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.
12. **Nationalsozialistisches und faschistisches Strafrecht**
Von Professor Dr. Georg Dahm
13. **Wir sind im Recht! Deutschlands Kampf um Wehrfreiheit und Gleichberechtigung**
Von Rechtsanwalt
Professor Dr. Friedrich Grimm
14. **Der Einbruch des Judentums in die Philosophie**
Von Prof. Dr. Hans Alfred Bruns
15. **Die politische Aufgabe des Arbeitsdienstes**
Von Generalarbeitsführer Prof.
Dr. Will Decker
16. **Soldatentum und Jugend-
ertüchtigung**
Von Dr. Helmut Stellrecht, Beauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für Jugend-
ertüchtigung
17. **Zur philosophischen Grund-
legung des Nationalsozialis-
mus**
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz
18. **Der Rassengedanke im
neuen Geschichtsbild**
Von Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amt. d. NSDAP.
19. **Grundfragen unserer Volks-
und Staatsgestaltung**
Von Prof. Dr. Otto Koellreutter
20. **Volk und Staat**
Von Dr. Alfred Klemmt, Studien-
und Abteilungsleiter an der Hoch-
schule für Politik
21. **Die völkerrechtspolitische
Lage Deutschlands**
Von Professor Dr. Fritz Berber
22. **Nationalpolitische Er-
ziehung im Dritten Reich**
Von Ministerialrat Dr. Rudolf Benze
23. **Verpflichtung und Aufgabe
der Frau im nationalsozia-
listischen Staat**
Von Reichsfrauenführerin
Gertrud Scholtz-Klink
24. **Das deutsche Kolonial-
problem**
Von Major a. D. Paul Schnoekel
Hauptstellenleiter im Kolonial-
politischen Amt der NSDAP.
(Reichsleitung). Schulungsbeauf-
tragter des Reichskolonialbundes
25. **Das neue Beamten-gesetz
vom 26. 1. 1937**
Von Ministerialdirigent Hanns Seel

Schriften der Hochschule für Politik

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

- | | |
|--|--|
| <p>26. Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft
Von Dr. Bruno Kieseewetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik</p> <p>27. Die Judenfrage in der modernen Welt
Von Dr. Wilhelm Ziegler, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung u. Propaganda</p> <p>28/29. Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie
Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Schwarz</p> | <p>30. Zeitgemäße Gedanken um Clausewitz
Von Generalleutnant a. D. Horst von Mehsch</p> <p>31. Außenpolitische Wirkungen des Geburtenrückganges
Von Dr. Karl E. von Loesch</p> <p>32. Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich
Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik</p> |
|--|--|

II. Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches

- | | |
|---|---|
| <p>1. Die deutsche Ernährungs-wirtschaft
Von Stabsamtsführer Dr. Hermann Reischle</p> <p>2. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Von Amtsleiter Hermann Althaus</p> <p>3/4. Vergriffen</p> <p>5. Die Deutsche Arbeitsfront
Von Claus Selzner, Leiter d. Hauptorganisationsamtes der NSDAP. und der Deutschen Arbeitsfront</p> <p>6. Die Reichsrundfunkkammer
Von Ministerialrat Horst Dreßler-Andres</p> <p>7. Die Reichsmusikkammer
Von Präsidialrat Heinz Ihler</p> <p>8. Die Deutsche Rechtsfront
Von Dr. Wilhelm Gaeb, Leiter der Auslandsabteilung der Akademie für Deutsches Recht</p> <p>9. Der Reichsluftschutzbund
Von General der Artl. a. D., Ehrenpräsident des RLB. Hugo Grimme</p> <p>10/11. Der Aufbau des Gesundheitswesens im Dritten Reich
Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gätt</p> | <p>12. Der Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten
Von Bundesführer Gauleiter Franz Schwede-Coburg</p> <p>13. Die Auslands-Organisation der NSDAP.
Von Dr. Emil Ehrich, Persönlicher Referent des Leiters der Auslands-Organisation der NSDAP.</p> <p>14. Der deutsche Arbeitsdienst
Von Generalarbeitsführer Prof. Dr. Will Decker</p> <p>15. Nationalsozialistische Frauenschaft
Bearbeitet von der Presseabteilung der Reichsfrauenführung</p> <p>16. Der BDM. in der Hitler-Jugend
Von Reichsreferentin Trude Bärkner</p> <p>17. Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend
Von Gertrud Zypries, Sachbearbeiterin für Presse und Propaganda in der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes</p> <p>18. Die Reichsstudentenführung
Von Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel</p> |
|---|---|